

SV-Report zum 15. März 2024

Besteht die Aussicht auf stabile Renten?

GRV

Letzte Woche stellten sich Arbeitsminister Hubertus Heil und Finanzminister Christian Lindner vor die Presse und konkretisierten ihre Pläne zur längerfristigen Stabilisierung der gesetzlichen Rente. Seit langem ist bekannt, dass die gesetzliche Rentenversicherung aufgrund des demografischen Wandels finanziell stark unter Druck gerät und Maßnahmen erforderlich sind, um ein Absinken des Rentenniveaus zu verhindern, damit nicht mehr Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht sind.

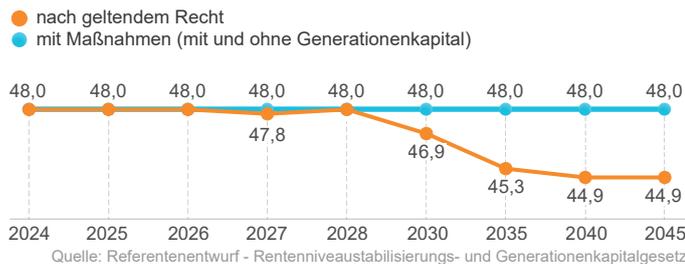
Bereits im Koalitionsvertrag der Ampel vom 24. November 2021 wurde vereinbart, dass zur langfristigen Stabilisierung von Rentenniveau und Rentenbeitragssatz der Deutschen Rentenversicherung 2022 aus Haushaltsmitteln ein Kapitalstock von 10 Milliarden zugeführt werden soll. Die Mittel sollten dauerhaft in einem Fonds investiert werden und die Erträge der Rentenversicherung zukommen. Umgesetzt wurde bisher nichts.

Jetzt offerieren die beiden Minister einen Plan, wie sie die Renten mit einem Fonds stabilisieren wollen und haben einen Referentenentwurf mit dem vielversprechenden Namen „Gesetz zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung“ vorgestellt.

Derzeit liegt das Rentenniveau bei 48 Prozent und damit weit niedriger als vor einigen Jahren. Vereinfacht ausgedrückt, sagt das Rentenniveau aus, dass Versicherte, die 45 Jahre lang Rentenversicherungsbeiträge wie ein Durchschnittsverdiener zahlen, eine Rente von rund 48 Prozent des Nettoverdienstes eines Durchschnittsverdieners vor Steuern und nach Sozialabgaben erreichen. Nach geltendem Recht sinkt das Absicherungsniveau nach 2026 bis 2045 bei einem bis auf 21,3 Prozent steigenden Beitragssatz drastisch ab, von 48 Prozent auf 44,9 Prozent. Das Vertrauen der Versicherten in die gesetzliche Rentenversicherung wird dadurch erheblich zerstört, zusehends fallen mehr Rentnerinnen und Rentner unter die Armutsgrenze.

Dies muss verhindert werden. Langfristig, bis 2045 soll das Sicherungsniveau bei rund 48 Prozent bestehen bleiben. Dazu sieht der Referentenentwurf der Minister ein sogenanntes „Generationenkapital“ vor, das der gesetzlichen Rentenversicherung Mittel zur Finanzierung der Renten einbringen soll.

Entwicklung des Rentenniveaus in Prozent



Was ist das „Generationenkapital“

Es wird eine Stiftung mit der Bezeichnung „Generationenkapital“ errichtet. Ab 2024 werden dem Generationenkapital 12 Milliarden Euro in Form von Darlehen zugeführt und in den Folgejahren jährlich um 3 Prozent erhöht. Dazu sollen bis zum Jahr 2028 15 Milliarden aus dem Bundeshaushalt in das Stiftungsvermögen übertragen werden. Bis zum Jahr 2036 soll das Generationenkapital ein Volumen von 200 Milliarden Euro erreichen.

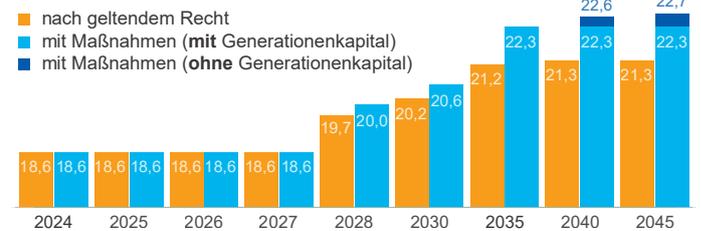
Die Stiftung hat die Aufgabe, die Finanzmittel renditeorientiert und global diversifiziert anzulegen. Die Erträge des Stiftungsvermögens werden nach Abzug der laufenden Kosten der Stiftung und der Verwaltung des Stiftungsvermögens einschließlich der Zinsaufwände aus den Darlehen des Bundes an die Stiftung, der Deutschen Rentenversicherung Bund ausgeschüttet. Voraussetzung für die Ausschüttung der Erträge ist, dass der Wert der Kapitalanlagen um mindestens 10 Prozent gestiegen ist.

Über die Höhe der Ausschüttung entscheidet das Bundesministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Erstmals sollen Ausschüttungen 2036 erfolgen, die eine Höhe von durchschnittlich 10 Milliarden Euro pro Jahr erreichen sollen. Die Erträge aus dem Stiftungsvermögen sollen dämpfend auf den Beitragsanstieg in der gesetzlichen Rentenversicherung wirken.

Die derzeitigen Berechnungen aus den Ministerien zeigen allerdings, dass der Beitragssatz nur um 0,4 Prozentpunkte im Jahr 2045 durch das Generationenkapital gesenkt werden könnte. Ohne Einsatz der Erträge aus dem Generationenkapital ergäbe sich bei einem durchgehenden Sicherungsniveau von 48 Prozent ein Beitragssatz von 22,7 Prozent im Jahr 2045, mit den Erlösen aus dem Generationenkapital ein Rentenbeitragssatz von 22,3 Prozent. Hier setzt die Kritik am Generationenkapital ein.

Die Idee, die Rentenversicherung mittels des Generationenkapitals langfristig zu stabilisieren, ist zwar gut, aber dass die Beiträge mittel- und langfristig über 20 Prozent steigen werden, ist angesichts der ohnehin hohen Steuern und Abgaben nicht hinnehmbar.

Entwicklung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung in Prozent



Der Präsident des Münchner Ifo-Instituts, Clemens Fuest, vertritt die Ansicht: „Wenn die Politik Leistungen zusagt, sollte zugleich geklärt werden, wie diese Leistungen finanziert werden.“ Er forderte: „Wenn die Politik einen erheblichen Anstieg der Beitragssätze oder der Steuerzuschüsse zur Rentenversicherung vermeiden möchte, sollte sie die Lebensarbeitszeit verlängern, orientiert am Anstieg der Lebenserwartung.“

Die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm kritisierte: „Der Kompromiss löst keines der Probleme, aber er schafft ein weiteres: Durch die Festsetzung des Rentenniveaus auf 48 Prozent wird die Last für die Beitrags- und die Steuerzahler immer höher.“ Die Entscheidung sei „immens teuer und geht zu Lasten der Beitragszahler oder der Steuerzahler“, sagte Grimm.

Der Sachverständigenrat schlägt stattdessen die Koppelung des Renteneinstiegsalters an die fernere Lebenserwartung ab 2031, die Anpassung des Nachhaltigkeitsfaktors, die Koppelung der Rente an die Preisentwicklung statt an die Löhne, sowie die Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge mit eigenen Depots vor.

Sozialverbände begrüßten das Vorhaben der Ampel, das Rentenniveau abzusichern, kritisierten jedoch die anvisierte Marke von 48 Prozent des Durchschnittslohns als zu niedrig. „Die Stabilisierung ist nur ein Anfang, schützt aber nicht vor Armut im Alter“, sagte VdK-Präsidentin Verena Bentele. Nötig sei es, alle Menschen mit einem Rentenniveau von 53 Prozent abzusichern, forderte sie.

Kritik kam auch aus der Opposition. Das Rentenpaket sei „nicht geeignet, um die Rente zukunftssicher aufzustellen“, sagte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann. Linken-Chef Martin Schirdewan nannte den geplanten Aktienfonds „unanständig“. „Mit Steuergeld spekuliert man nicht“.

Gewerkschaftsvertreter kritisierten die neue Finanzierungsquelle als zu risikoreich. Die IG Metall nannte das Generationenkapital „eine kreditfinanzierte Wette auf unklare Erträge in der Zukunft“.

Impressum

Herausgeber: SCHALLÖHR VERLAG GmbH

Milchberg 24 | 82335 Berg am Starnberger See | www.schalloehr-verlag.de | E-Mail: info@schalloehr-verlag.de

Telefon: 08151/ 28798 | Telefax: 08151/ 28666

HRB 163225 Amtsgericht München | Ust.-Nr.: 117/138/002 70 | Geschäftsführer: André Schallöhr, Knut M. Schallöhr

© 2024, SCHALLÖHR VERLAG GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Reproduktion, auch auszugsweise nur mit vorheriger Einwilligung der SCHALLÖHR VERLAG GmbH.